

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/159

Bonn, den 23. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Die tatsächlich Verantwortlichen müssen genannt werden : 71

Von Hassel und Erhard

2 - 4 "Deutsche Kulturarbeit im Ausland" 145

Konkrete Angaben zum Eigenlob der Bundesregierung

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

5 Geschichten aus Schleswig-Holstein 42

Plakatschmierer darf weiter Bürgervorsteher sein
und wird sogar Schöffe

6 FRITZ SECALL 48

Zum 65. Geburtstag des treuen Mitstreiters
für ein besseres Deutschland

ANHANG

7 WILLY BRANDT 48

Eine englische Bildbiographie von John B. Hynd

* * *

Die tatsächlich Verantwortlichen müssen genannt werden !

Von Hassel und Erhard

- * "Die Starfighter-Affäre ist mit Panitzkis Alleingang zur Be-
- * währungsprobe für die politischen Kräfte des Verteidigungsri-
- * nisteriums geworden."

sp - Mit diesem Satz schließt der heutige Leitartikel des Militärexporters der FAZ, Adalbert Weinstein, Bundeswehroberst in Generalstabsdiensten i.R.. Er - der Satz - ist das Resümee einer langen Aufzählung kritikwürdiger Punkte am Verhalten des Inspektors der Luftwaffe, General Panitzki. So zutreffend die Bemerkung Weinsteins sein mag, so sehr muß man sich fragen, warum ein Mann wie er erst jetzt zu einer Feststellung gelangt, die schon seit sehr langer Zeit Hauptgesprächsstoff in der Bundeswehr ist.

Als vor anderthalb Jahren der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Wienand im Bundestag wegen seiner berechtigten Kritik an den Unzulänglichkeiten nicht nur des Starfighters, sondern auch der politischen und fachlichen Führung des Bundesverteidigungsministeriums übte, wurde er von allen Seiten beschossen. Die FAZ sah damals in den Feststellungen Wienands ein "Manöver der Opposition", und obwohl sich in zunehmender Maße die Kritik des Abgeordneten als berechtigt erwies, scheuten sich viele Militärexportoren und solche, die sich gern so nennen hören, offen auszusprechen, was jetzt in aller Munde ist

- * die Erkenntnis der Unfähigkeit eines Ministers, dem alle Unter-
- * lagen technischer, militärischer und politischer Art zur Füh-
- * rung seines Amtes zur Verfügung stehen, der aber trotzdem nur
- * wenig tat, um ihm bekannte Mibstände der verschiedensten Art in
- * der Bundeswehr abzustellen

Man mag über die Methode des General Panitzki denken, wie man will. Gewiß, er hätte eher viele gute Gelegenheiten gehabt (zuletzt noch vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages im April dieses Jahres), um alles, was er jetzt öffentlich aussprach - und noch mehr! - an der richtigen Stelle zu sagen. Aber das ist nicht das Entscheidende an den Vorgängen, die nunmehr die ganze deutsche Öffentlichkeit bewegen. Das Generäle selten gute Politiker sind, ist nicht ganz unbekannt; damit

wird man sich befinden müssen. Wichtiger und entscheidend für die jetzt entstandene Situation ist die Frage, wie es soweit kommen konnte, daß in der Bundesrepublik anderthalb Jahre verstreichen mußten, bis auch "höchste Stellen" munter wurden.

Das ist eindeutig das Verschulden des politischen Ressortministers, dem alle Einzelheiten der Entwicklung bis zum heutigen Tage vertraut sind, sowie des Bundeskanzlers, der bekanntlich die Richtlinien der Politik bestimmen soll.

- * Wir sind darüber unterrichtet, daß der Bundeskanzler seit mindestens zwölf Monaten weiß, wie Militärexperten, hohe Offiziere und Fachleute über die politische Führung im Verteidigungsministerium denken. Trotz wiederholter Aufforderungen, die ihm auch vom Verteidigungsrat zugegangen sind, hat sich der Bundeskanzler bis zum heutigen Tage geweigert, die politischen Konsequenzen aus dem politischen Versagen des Herrn von Hassel und seines Staatssekretärs Gumbel zu ziehen.

Über die vor anderthalb Jahren von dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Karl Wienand im Plenum des Bundestages vorgebrachten Kritiken an der Amtsführung des Verteidigungsministers, über die mehrfachen und bis ins Detail gehenden Interventionen der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Ornamer und Tveit wird man in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages erneut sachlich diskutieren müssen, soweit nicht die Staatsanwaltschaft bei einzelnen Vorgängen zu Untersuchungsergebnissen gelangt, die zu einer strafrechtlichen Verfolgung des Verteidigungsministers führen müssen.

Damit wäre aber die politische Seite der Stoffigkeits-Affäre noch nicht erledigt. Bei Ereignissen, wie sie jetzt überall diskutiert werden, ist es doch erfahrungsgemäß nicht so, daß man etwa bei Nacht und Nebel und ganz unvorbereitet über einen heimlich gespannten Draht stolpert. Dem letzten Eklat gehen gewöhnlich lange Sondierungen voraus, werden Untersuchungen geführt und Betrachtungen angestellt, die schon in ihrer Anlage verraten, daß irgendetwas "faul im Staat" ist.

Wenn dann der zuständige Minister und der Regierungschef sich weigern, selbst die erforderlichen Schritte zu tun oder geflissentlich weg hören und wegsehen, wenn man ihnen die Beweise für das Nichtfunktionieren einer komplizierten Apparatur vorlegt, wie es heute das Verteidigungsministerium mit einer Etat von rd. 20 Milliarden DM ist, der sind sie und niemand anderes für das durch Nichttun und Eßgern entsetzte Debakel verantwortlich.

"Deutsche Kulturarbeit im Ausland"

Konkrete Angaben zum Eigenlob der Bundesregierung

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die Versuche des Auswärtigen Amts, sich gegenüber dem Vorwurf von Geldverschwendung, mangelnder Planung und Überlegung, sowie gräßlichen Vernachlässigungen auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik zu entlasten, vermögen solange nicht zu überzeugen, als harte Tatsachen diese Versäumnisse bekräftigen; sowohl innerhalb der Organisation der Bundesregierung, als auch draußen in der Welt. Gerade auf dem Gebiet der Erhaltung und Verbreitung der deutschen Sprache kann man der Bundesregierung den Vorwurf nicht ersparen, häufig planlos und daher gelegentlich viel zu aufwendig gehandelt und auf anderen wichtigen Gebieten Entscheidendes versäumt zu haben.

* * *

So muß erneut daran erinnert werden, daß auf dem nahezu wichtigsten Gebiet des Kulturaustauschs, - nämlich dem der Entsendung deutscher Lehr-, Fachschul- und Hochschulelehrkräfte, das in vielen Ländern das Gebiet germanistischer Lehrstühle und deutscher Sprachdozenten mit einschließt - nach den eigenen Angaben der Bundesregierung in den letzten Jahren nur mit zehn Prozent die der Bundesrepublik angebotenen Lehrstühle und Stellen besetzt werden konnten. Anstatt aber ernsthafte Anstrengungen zu machen, diese einmalige kulturpolitische Chance der Bundesrepublik zu nutzen, führt die Bundesregierung tausend bekannte Gründe an, warum die fehlenden 90 Prozent an Wissenschaftlern und Lehrern **n i c h t** für den Dienst im Ausland gewonnen werden konnten.

Die auf diesem Gebiet bestehende mangelnde Koordination zwischen Bund und Ländern ist bekannt, aber nichts hätte die Bonner Regierung hindern können, diese für die deutsche Außenpolitik so wichtige Frage in einem Bund-Länderabkommen zu regeln. Der wahre Grund für die mangelnde Bereitschaft deutscher Wissenschaftler, langfristig ins Ausland und besonders in Entwicklungsländer zu gehen, ist das Versäumnis des Bundes, diese für unsere politische Behauptung in der Welt so wichtige Aufgabe finanziell und versorgungsmäßig attraktiv zu machen. Durch das bürokratische Festhalten an innerdeutscher Besoldungs-, Versorgungs- und Zulagenmodellen hat sich die Bundesregierung hier weitgehend ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. Der Zuständigkeitswettbewerb zwischen AA, Wissenschaftsministerium, Entwicklungsministerium und anderen Stellen hat sein übriges getan.

* * *

Auf einem anderen wichtigen Gebiet, nämlich dem der rechtlichen Sicherung der Basis der deutschen Kulturarbeit im Ausland, hat sich die schon bald an Interessenlosigkeit grenzende schleichende Untätigkeit der Bundesregierung fast ebenso nachteilig ausgewirkt.

So ist zum Beispiel der rechtliche Status von über zwei Dritteln unserer Kulturinstitute im Ausland völlig ungeklärt. Nimmt man die Länder hinzu, in denen es aufgrund freundschaftlicher Beziehungen in diesem Punkt keine Schwierigkeiten gegeben hat, so sind es vier Fünftel.

Die Bundesregierung, die in der Vergangenheit so häufig großen Wert darauf gelegt hat, mit anderen Staaten wortreiche aber praktisch recht bedeutungslose Kulturabkommen zu schließen, hätte besser daran getan, sich bei Abschluß dieser Abkommen oder später in Ergänzung

dieser Vereinbarungen an die Regelung des Status unserer Kulturinstitute und deren Mitarbeiter zu denken.

Aber ob Kulturabkommen vorliegen oder nicht, besonders nachteilig wirkt sich der unregelmäßige rechtliche Status der Institute und ihrer Angestellten zur Zeit in eine Reihe von arabischen Ländern aus. So strafen die sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen in Algerien, Syrien und der VAR die wiederholt optimistischen Betrachtungen der Bundesregierung über den Stand ihrer Beziehungen zu einem Teil der Länder, die ihre diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben, Lügen. In A l g e r i e n sind die Erschwernisse für die deutsche Kulturarbeit in der letzten Zeit derart gewachsen, daß ähnlich wie in S y r i e n eine Fortführung des Instituts in Frage gestellt ist. In Damaskus wird unter Bruch eines zwischen dem Goetheinstitut und der syrischen Regierung getroffenen Vertrages seit neuestem sogar deutschen Künstlern Einreise und Auftreten verwehrt

* * *

Was hat die Bundesregierung hier unternommen? Ist es weiter vertretbar, daß sich zum Beispiel das Ministerium Scheel schlicht weigert, die Einbeziehung der Arbeit dieser Institute in unsere fortlaufenden Abkommen über technische Hilfe auch nur ernsthaft zu erwägen, obwohl dies das einzige probate und wirksame Bruckmittel wäre, das der Regierung bleibt?

Ähnliches gilt für die Vereinigte Arabische Republik, in der die deutschen Mitarbeiter unserer weiterarbeitenden kulturellen Einrichtungen unter erniedrigenden äußeren Umständen gezwungen werden, sich alle zwei Monate bei der Fremdenpolizei registrieren zu lassen und wo die behördlichen Schikanen bei der Rückreise von Angestellten unserer Schulen und Institute nach Deutschland wirklich alles in den Schatten stellen, was es in dieser Hinsicht auf der Welt gibt.

Solche Überlegungen gelten auch für den I r a k, in dem seit Jahren anwachsende Steuerforderungen gegenüber unserem Kulturinstitut in ergebnislosen Verhandlungen hin- und hergeschoben werden und damit eines Tages die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Folge dieser Forderungen heraufbeschwören.

Aber es hat den Anschein, als ob die in diesem Fall wichtige Frage der Sicherung der Kulturinstitute durch den Einbau in die Abkommen über technische Hilfeleistung - ein Procedere, das auch in vielen andern Staaten anzuempfehlen wäre, - bisher sorgfältig weder in Auswärtigen Amt noch im Bundeskanzleramt geprüft worden ist.

Wie überhaupt der tiefe innere Zusammenhang zwischen zahllosen Projekten unserer technischen Hilfe und unserer Kulturarbeit draußen innerhalb der Bundesregierung nach wie vor verkannt wird, was aus den unbeschreiblich törichten Richtlinien des BMZ hervorgeht, mit denen letzteres seit neuestem der Carl Duisberg Gesellschaft untersagt, in ihren Ausländerkursen farbige Praktikanten, Deutsche und Studenten aus Europa und Übersee gleichzeitig zu betreuen, und diese dadurch praktisch wieder in Gettos zurückverwandelt, in denen die farbigen Praktikanten unter sich sind.

* * *

Schwierigkeiten infolge mangelnder Regelung des Status unserer Kulturinstitute gibt es gegenwärtig in S e y l o n, wo der pri-

vate Charakter des Instituts nicht zu halten ist und ein anhaltender und sinnloser Notenwechsel zwischen Botschaft und der Regierung in Colombo zu keinem Ergebnis führt, in Dänemark, wo gleiches gilt, und die Ansprüche der Behörden gegen das Institut sich kumulieren, ferner in Ghana, in Großbritannien und dem Iran. In den beiden letzten Staaten sieht sich die Bundesregierung wachsenden Steuerforderungen wegen der Institute gegenüber und außerdem gibt es in London unüblicherweise noch immer Schwierigkeiten hinsichtlich des nicht völlig geregelten Status des Personals des Instituts.

In Italien ist lediglich der Status der Institute in Rom und Mailand abgesprochen. Die Leiter der anderen Institute haben mit Steuerforderungen der italienischen Finanzämter zu rechnen, die zum Teil bereits angemeldet worden sind.

In Frankreich sind vor allem die bei der Einrichtung und dem Betrieb der Institute entstehenden Zolkkosten nicht geregelt. Für die Einrichtung des neuen Instituts in Paris mußten über 200 000 DM Zoll bezahlt werden, wobei eine Rolle spielte, daß die französischen Behörden darüber verärgert waren, daß die Bundesbaudirektion buchstäblich jeden Klängelkopf aus der Bundesrepublik importierte.

Schwierigkeiten wegen des unregelmäßigen Status und einiger Fälle von Steuerforderungen sieht sich das Goetheinstitut in Japan, in Malaysia, in Norwegen, in Thailand, in Schweden, in Pakistan, in Iran und in der Türkei gegenüber. Gerade in letzterem Lande sind diese Schwierigkeiten wegen des freundschaftlichen Verhältnisses fast unverständlich; sie rühren daher, daß sowohl der ehemals in Ankara amtierende Botschafter von Walter, wie auch das Auswärtige Amt selbst, die Regelung dieser Frage in einer Ergänzung des Kulturabkommens verabsäumt haben.

* * *

Damit ist die Liste aber noch keineswegs erschöpft. In Spanien, Portugal und Irland laufen die Dinge nur normal, weil die betreffenden Regierungen von der selbständigen Stellung des Goetheinstituts offiziell noch keine Kenntnis genommen haben.

Ähnlich sind die Institute infolge grundsätzlich nicht geregeltem Status in Indonesien, Finnland und einigen afrikanischen Staaten von Wohlwollen der jeweiligen Regierung abhängig. Gerade der Fall Indonesien beweist, daß das nicht ausreicht.

So also ist es in Wahrheit mit den Problemen der Sicherung und Fürsorge unserer Kulturarbeiten in der Welt und die darin tätigen Menschen durch das Auswärtige Amt bestellt. Während all der Jahre des Aufbaus unserer Kulturinstitute sind keine zureichenden Anstrengungen zu ihrer Sicherung unternommen worden und man kann auch nicht feststellen, daß sich das Auswärtige Amt dort übermäßig den Kopf zerbrochen hätte, wo diese Institute auch künftig nur unter dem unmittelbaren Mantel der Botschaft ein größtmögliches Maß von Unabhängigkeit und Eigenleben bewahren müssen.

+ + +

Geschichten aus Schleswig-Holstein

Plakatschmierer darf weiter Bürgervorsteher sein
und wird sogar Schöffe

sp. - Das Landgericht zu Lübeck hat es abgelehnt, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, die der Bürgervorsteher Dr. Hoi (CDU) aus Bad Schwartau bei Lübeck dort beantragt hatte. Der Bürgervorsteher begehrte von der vierten Zivilkammer, sie möge verfügen, niemand dürfe künftig behaupten, er, der Studienrat Dr. Hoi, habe vor der Bundestagswahl 1965 die Plakate des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und SPD-Vorsitzenden verunziert. Die Zurückweisung erfolgte kostenpflichtig. Ein Hauptverfahren steht jetzt noch bevor.

Es scheint also richtig zu sein, was man sich in Schleswig-Holstein über die seltsamen Plakatverunzierungen des Studienrats und CDU-Politikers erzählt. Nach Zeugenaussagen, die dem Gericht vorliegen - es handelt sich um Mitglieder des CDU-Ortsverbandes von Bad Schwartau - hat Dr. Hoi das SPD-Wahlplakat mit der Abbildung von Willy Brandt so beschmieret, daß dessen Gesicht über verändert wurde.

Man sollte nun meinen, daß sich die CDU von diesem Manne trennt und ihn nicht weiter als Bürgervorsteher antieren läßt, ganz abgesehen davon, was die Schulaufsicht von einem solchen Studienrat hält, der in Nächten vor der Wahl durch die Gassen schleicht und die Plakate einer demokratischen Partei beschmieret. Die SPD-Fraktion in Bad Schwartau hatte folgerichtig die Abwahl des Bürgervorstehers beantragt.

Es kam zur Abstimmung 15 der 27 Stadtverordneten von Bad Schwartau lehnten die Abberufung von Dr. Hoi ab. Einer litte Enthaltung CDU und ihr kleines Anhängsel FDP waren dagegen, daß man diesen Mann aus seinem Amt entfernte.

Die Koalitionspartner hatten sogar den Dr. Hoi auf die Schöffensliste gesetzt, die das Parlament zu billigen hat. Die SPD-Fraktion verweigerte ihre Zustimmung, diesen Mann zum Schöffen zu machen. Die beiden anderen Parteien aber hielten das für richtig. Studienrat Dr. Hoi, mit dem sich die vierte Zivilkammer befaßt und ein weiteres Gericht befassen muß, sitzt nun selbst hinter dem Richtertisch.

Bleibt zum Schluß dieser skurrilen Provinzchronik aus Schleswig-Holstein noch festzustellen, daß Dr. Hoi in einer CDU-Mitgliederversammlung behauptet hatte, der Betriebsrat der "Lübecker Nachrichten" habe Einfluß auf die Berichterstattung des Blattes über ihn genommen. Es entspricht der Wahrheit, wenn die Zeitung konterte, sie sei "weder eine vom Betriebsrat noch von der IG Druck und Papier und schon gar nicht von der SPD ferngesteuerte Zeitung".

FRITZ SEGALL

Zur 65. Geburtstag des treuen Mitstreiters
für ein besseres Deutschland

Er - Fern von der Heimat, in London, wird am 27. August 1966 ein Mann 65 Jahre alt, dem die junge deutsche Demokratie viel zu verdanken hat: Fritz Segall, ein in der Weimarer Republik bekannt gewordener Journalist, der seit 1939 als jüdischer Emigrant in England lebt.

Der im westpreussischen Bronberg geborene Fritz Segall fand schon in den frühen zwanziger Jahren zur SPD und zur freien Gewerkschaftsbewegung. Er war einer der ersten Deutschen, der erkannt hatte, welche große Bedeutung der Rundfunk für das Bildungswesen haben würde. Seine Idee war es, die Organisationen der Freien deutschen Arbeiterbewegung in die Programmgestaltung der Rundfunksendungen einzuschalten und ihnen einen sicheren Platz bei der Mitbestimmung der Themenwahl für Vorträge, und andere allgemeinbildende Sendungen zu geben. Unermüdlich setzte sich Fritz Segall für diese Aufgabe ein. Nur wenige wissen, daß viele gute Ideen des jetzt 65-Jährigen beim Aufbau des deutschen Rundfunks und Fernsehens nach dem Zweiten Weltkriege eine entscheidende Rolle gespielt haben. Als Mitarbeiter des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des VORWÄRTS, und vieler anderer sozialdemokratischer Zeitungen und Zeitschriften, als Geschäftsführer des Arbeiterradio-Bundes und in zahlreichen anderen Funktionen, hatte sich Fritz Segall vor 1933 den Ruf eines modernen Rundfunkpioniers mit großem Wissen und weitschauenden Plänen erworben. Das Jahr 1933 setzte mit der Machtübernahmen durch Hitler der Tätigkeit von Fritz Segall ein jähes Ende. Doch er gab nicht auf. Er übernahm die Leitung der Abteilung Künstlerrilfe bei der jüdischen Gemeinde in Berlin und hielt trotz der eigenen äußersten Gefährdung zahlreiche illegale Verbindungen zu der im Untergrund tätigen Sozialdemokratie aufrecht.

1939 mußte Fritz Segall wie viele andere seiner Freunde und Glaubensgenossen den Weg in die Emigration gehen. In England wurde er in enger Zusammenarbeit mit dem nach London gekommenen Parteivorstand der SPD ein unbeugsamer Fürsprecher eines anderen, besseren Deutschland. Enttäuschungen und Not verwehten zwar seine Gesundheit anzugreifen, nicht aber die ständige Bereitschaft, der in Deutschland wieder ersiehenden freien Arbeiterbewegung zu helfen. Die in England verbliebenen deutschen Sozialdemokraten wählten ihn nach dem Kriege zu ihren Vorsitzenden. Neben einer umfangreichen Hilfetätigkeit für die Hungernden in Deutschland wurde Fritz Segall nunmehr - besonders nach der Rückkehr des Parteivorstandes nach Deutschland - zu einem der wichtigsten Stützpunkte, von denen aus das demokratische Deutschland in Großbritannien um Verständnis ringen konnte. Noch heute sieht Fritz Segall seine entscheidende Aufgabe darin, journalistisch und durch die Schaffung direkter Verbindungen zu wichtigen Persönlichkeiten der kritischen Labour-Bewegung seinen Beitrag für das bessere Verständnis der deutschen Probleme zu leisten.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Fritz Segall zu seinem 65. Geburtstag den Dank der Partei und die herzlichsten Glückwünsche für diese große Leistung übermittelt.

WILLY BRANDT

Eine englische Biographie von Joan B. Hynd

In London und wahrscheinlich in der gesamten englisch sprechenden Welt wird am 1. September zu erstem Male eine Biographie im Lincoln-Prager Verlag erscheinen, der zu einer der bekanntesten Verlage gehört. Die Zusammenstellung und Redaktion des Bandes wurde besorgt von Egon Prager und John Parker, einem früheren Junior-Minister und langjährigen Sekretär der Fabian Gesellschaft und jetzt eines der geachtetsten Mitglieder des Unterhauses. Verfasser ist John B. Hynd, kurz nach dem Kriege Deutschlandminister.

Es ist interessant, was dieser John Parker über den Regierenden Bürgermeister und Vorsitzenden der SPD einleitend schreibt: "Hier ist ein wirklich getrautes Lebensbild des großen deutschen Sozialistenführers. Geboren 1913 während der letzten Tage des kaiserlichen Deutschland wuchs er in der hoffnungslosen Periode der Weltdepression und der Massenbeschäftigungslosigkeit heran, die den Untergang der Weimarer Republik und die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus einschloß. Nachdem er den Widerstandskräften des Sozialismus angehörte, die mit neuen Ideen die Sturmtruppen Hitlers hart bekämpften, mußte er als 20-jähriger nach Norwegen fliehen. Hier arbeitete er als Journalist und lernte viel von der Tradition skandinavischer Sozialisten. Als die Nationalsozialisten in Norwegen einfielen, nahm er erneut den illegalen Kampf gegen sie auf und kehrte später nach Deutschland zurück, um hier Demokratie und Sozialismus aufbauen zu helfen. Die Probleme Berlins fesselten ihn und bald half er Ernst Reuter eine zerstörte Stadt aufzubauen und eine kommunistische nach einer faschistischen Diktatur zu verhindern. Nachdem er 1957 Regierender Bürgermeister wurde, trat er immer stärker in den Vordergrund der sozialdemokratischen Partei, deren Vorsitzender er - nach dem Tode Ollenhauers - wurde. - Hier ist ein Mann, der Deutschland und der Welt noch viel zu geben hat."

Die Bilder, 70 Photos und fünf Seiten mit Karikaturen, zeigen Brandt von 1926 (als Zwölfjährigen) bis 1965 (mit Kennedy, Johnson, Gaitskell, Wilson, den skandinavischen Ministerpräsidenten, Königin Elisabeth von England und anderen weltbekannten Persönlichkeiten, aber auch innerhalb seiner Familie und im Kreise seiner politischen Freunde und Gegner.

John B. Hynd, der frühere Deutschlandminister und jetzige Vorsitzende der deutsch-englischen Gruppe im Unterhaus hat nicht nur eine biographisch-historische Studie über Willy Brandt geschrieben, sondern ein nach langer persönlicher Bekanntschaft entstandenes Lebensbild gezeichnet, das menschliches Mitemleben und Wahrheit in den Vordergrund stellt. In Kapitel "Brandt heute" schreibt Hynd, daß der Rat Brandts von den führenden Staatsmännern in Washington, London, Canada, Indien, Japan und sonstwo in der Welt gesucht wird. "Berlin hat Männer mit Mut und starken Nerven nötig und fand sie in Reuter, Schröder und Willy Brandt, jeder von ihnen eine große Persönlichkeit mit eigener Auffassung genau so wie die großen Vorsitzenden und Führer der Partei vor Brandt - Bechthamer und Ollenhauer oder seine beiden Stellvertreter - Fritz Erler und Herbert Wehner."

Fritz Segall, London